

*Der frühere Präsident Alvaro Uribe arbeitet aktiv gegen die Friedensverhandlungen zwischen Regierung und FARC, die sein Nachfolger Santos eingeleitet hatte.
Dazu ein Kommentar des Wochenmagazins EL ESPECTADOR online vom 4.4.2013:*

Die Sicherheit von Santos ist dieselbe wie die von Uribe

Der Verhandlungsprozess mit der FARC ist das Ergebnis der Effektivität und Schlüssigkeit der Militäraktionen und nicht das einer Bereitschaft der Guerrilla.

Und es ist durchaus nicht sicher, dass Präsident Juan Manuel Santos die Sicherheit vernachlässigt, wie dies Gegner der Verhandlungen in Havanna behaupten, denn es verfolgt dieselben Strategien wie sein Vorgänger.

Dies sind die grundlegenden Schlussfolgerungen eines Berichts, der von Decisive Point vorgelegt wurde, einer Firma, die von Román Ortíz geleitet wird, der seit 2010 für verschiedene Regierungsstellen als Berater für Bekämpfung des Terrorismus und des Drogenhandels gearbeitet hat.

Ortíz teilt mit, es rufe Aufmerksamkeit hervor, dass Expräsident Uribe eine "derart kritische und starre Haltung" zeige gegenüber dem Friedensprozess, wo doch die Art und Weise der Eindämmung der Gewalt und der Fortschritt in Richtung Friedensvereinbarung, die er praktiziert habe, von der heutigen Regierung beibehalten wurde. "Auch er verhandelte mit Gewalttätern und im Fall der FARC hat er zum wiederholten Mal die Möglichkeit von Verhandlungen angeboten. während er gleichzeitig große Anstrengungen unternahm, die Sicherheit zu erhöhen.", sagt Ortíz, der seine Thesen mit Zahlen aus dem Verteidigungsministerium unterlegt. Das Dokument von 20 Seiten gibt an, dass zwischen 2007 und 2012 die FARC 23% ihrer Kommandanten verlor infolge der Durchführung von zwei Operationsplänen des Militärs und der Polizei: "Schwert der Ehre" und "Grünes Herz".

"Die Suche dieser und jener Akteure nach Auswegen aus der Gewalt ist direkt verursacht durch das Bewusstsein, dass die geballte Kraft der Staatsmacht es immer riskanter werden lässt, Delikte zu begehen", sagt Ortíz und folgert, dass man die Erwartungen an eventuelle Friedensabkommen herunterschrauben muss, vor allem wegen der vorhersehbaren Zersplitterung der FARC und des ELN im Laufe einer Demobilisierung.